

i TYSK1506 – Tyskland fra 1945 til i dag

Informasjon

UNIVERSITETET I OSLO

Institutt for litteratur, områdestudier og europeiske språk

HJEMMEEKSAMEN

Vår 2020

TYSK1506 - Tyskland fra 1945 til i dag

Varighet: 25. mai kl. 11:00 til 28. mai kl. 11:00

Studenten skal besvare én av de to oppgavene. Hver oppgave består av fire deler. Sammendraget (del 1) skal ha maksimum 1 side (2300 tegn med mellomrom), de øvrige delene skal ha minst 1 side (2300 tegn med mellomrom). Den resterende fordelingen er overlatt til studenten. Oppgaven besvares på tysk.

Besvarelsen skal være ca. 6 sider (å omtrent 2300 tegn med mellomrom). Bruk Times New Roman, 12 pkt, halvannen linjeavstand. Besvarelsen skal leveres som én fil og i pdf-format.

Husk at besvarelsen skal være anonym. Før på kandidatnummer, emnekode og semester som topptekst i besvarelsen, men ikke navnet ditt.

Besvarelsen skal inneholde kildehenvisninger. Dersom du leverer en besvarelse med mangelfulle eller misvisende kildehenvisninger kan du bli mistenkt for fusk. Mer om kilder og fusk her:

<http://www.hf.uio.no/studier/ressurser/kilder/>

For mer informasjon om å levere hjemmeeksamen i Inspira se:

<https://www.uio.no/studier/eksamen/inspera/hjemmeeksamen-innlevering.html>

For konvertering fra .doc og .docx til .pdf, se <https://www.uio.no/tjenester/it/maskin/filer/apne-dokformater/pdf/>

Trykk Ctrl+P (PC) eller cmd+P (Mac) for utskrift av denne siden.


Lykke til!

1 TYSK1506 – Tyskland fra 1945 til i dag



Last opp filen her. Maks én fil.

Følgende filtyper er tillatt: .pdf Maksimal filstørrelse er 1 GB.

 Velg fil for opplasting

Maks poeng: 10

Question 1
Attached



Enten

I. Umgang mit dem Nationalsozialismus

1. Fassen Sie die beiliegende Rede von Bundespräsident Richard v. Weizsäcker am 8. Mai 1985 mit eigenen Worten zusammen.
2. Erläutern Sie auf der Grundlage des Unterrichtspensums die Rolle eines Bundespräsidenten in dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland.
3. Erklären Sie auf der Grundlage des Unterrichtspensums, warum Richard v. Weizsäckers Rede für so bedeutsam gehalten wird.
4. Diskutieren und beurteilen Sie unter Bezugnahme auf konkrete Ereignisse, die Sie im Unterrichtspensum finden, ob sich die Deutschen seit 1949 im Sinne von Richard v. Weizsäcker an den Nationalsozialismus erinnert haben.

Richard v. Weizsäcker: 8. Mai ist „Tag der Befreiung“

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Es ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang. [...]

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. [...]

Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. [...]

Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Hass Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht [...]

Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.

Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mussten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Hass [...] Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. [...]

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. [...] Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. [...]

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden.

Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass [...]. Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander. [...]

(Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Bundestag am 8. Mai 1985, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 52 vom 9. Mai 1985, S. 441 ff, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 270/200, S. 41.)

Eller

II. Deutsche Gegensätze

1. Fassen Sie den beiliegenden Artikel von Marcel Fratzscher mit eigenen Worten zusammen.
2. Stellen Sie drei Ihnen aus dem Unterrichtspensum bekannte regionale Unterschiede und Gegensätze in ganz Deutschland vor.
3. Wie erklären Sie sich auf der Grundlage des Unterrichtspensums historisch die zum Teil beträchtlichen regionalen Unterschiede und Gegensätze in Deutschland?
4. Diskutieren Sie, ob regionale Unterschiede und Gegensätze die Einheit Deutschlands gefährden oder zur gesellschaftlich-kulturellen Vielfalt beitragen, an welche die Deutschen seit langer Zeit gewöhnt sind.

Marcel Fratzscher: „Regionale Unterschiede: Deutschlands neue innerdeutsche Grenze“, in: Die Zeit 9.3.2018.

Manche Kommune in Bayern investiert sieben Mal so viel wie eine Gemeinde in Niedersachsen. Das Nord-Süd-Gefälle gefährdet Deutschlands politischen Zusammenhalt.

Deutschlands neue innerdeutsche Grenze

In fast keinem anderen westlichen Land sind die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Regionen so groß wie in Deutschland. Diese überraschende Erkenntnis

der OECD steht im Widerspruch zum Anspruch unseres Grundgesetzes. Es verpflichtet nämlich die Politik dazu, allen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten – unabhängig von ihrem Wohnort. Diese regionale Ungleichheit spaltet Deutschland und ist eine große Herausforderung für die Politik.

Es gibt laut OECD enorme Unterschiede in der Wirtschaftskraft pro Einwohner in Deutschland – sie beträgt in den reichsten Regionen das bis zu Siebenfache dessen, was Menschen in den ärmsten Regionen zu Verfügung haben. Dass es in Spanien oder in Italien riesige Unterschiede zwischen Norden und Süden gibt, ist vielen bewusst – aber in Deutschland? Allenfalls würde man hier ein West-Ost-Gefälle als Folge der langjährigen Teilung des Landes erwarten.

Abgehängte Regionen in NRW

So ist es aber nicht. Zwar ist der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands vor zehn Jahren zum Halt gekommen. Aber zunehmend verläuft die wirtschaftliche Trennlinie in Deutschland zwischen Süd und Nord, nicht so sehr zwischen West und Ost. Gerade viele Regionen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen werden immer stärker abgehängt. Nicht nur ist die Wirtschaftskraft dort schwächer, die Arbeitslosigkeit ist auch höher, die Einkommen sind geringer, viele Unternehmen wandern ab und schaffen neue Jobs anderswo.

Warum ist es so? Ein gängiges Narrativ geht so: Viele Kommunen haben zu lange über ihre Verhältnisse gelebt, sind schlecht gemanagt und haben Geld für Spaßbäder und andere unproduktive Dinge ausgegeben. Daher müssen sie nun sparen, um wieder gesund zu können. Auch wenn es einen wahren Kern an dieser Erklärung gibt, so greift sie zu kurz.

Fehlende Investitionen, harter Sparkurs

Eine der zentralen Ursachen ist die riesige öffentliche Investitionslücke zwischen Regionen in Deutschland. Kommunen in Süddeutschland investieren zum Teil das Siebenfache pro Einwohner in ihre Straßen, Brücken, Schulen, Gewerbegebiete oder in den öffentlichen Nahverkehr als manche Kommunen im Norden. Das führt dazu, dass Unternehmen sich lieber im Süden ansiedeln oder zumindest dort bessere Bedingungen haben, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Gut qualifizierte Menschen kehren den strukturschwachen Regionen immer häufiger den Rücken zu. So beginnt eine Spirale: Weniger Unternehmen und Beschäftigte reduzieren die Steuereinnahmen und erhöhen die erforderlichen Sozialausgaben; die betroffenen Kommunen haben damit noch weniger Möglichkeiten, in die Standortbedingungen zu investieren und werden hoffnungslos abgehängt.

Hohe Sozialausgaben der Kommunen

Der wichtigste Grund für die geringen Investitionen strukturschwacher und überschuldeter Kommunen sind nicht die Konsum- und Personalausgaben, sondern die hohen Sozialausgaben, die sie zu leisten haben. Die Schuldenbremse macht

diesen Kommunen das Leben noch schwerer. Wenn gespart werden muss, so wird in der Regel als erstes bei Investitionen gekürzt. Die Reformen des Bund-Länder-Finanzausgleichs haben nichts Grundlegendes an diesem Teufelskreis geändert.

Die regionalen, wirtschaftlichen Unterschiede haben weitreichende Folgen: In den abgehängten Regionen ist die politische Partizipation besonders gering und der Zulauf für extreme Parteien besonders stark. Dies reflektiert das Scheitern der Politik, die Anliegen der Menschen dort ernst zu nehmen und ihnen eine Perspektive zu bieten. Wenn die Politik nicht gegensteuert, wird diese Polarisierung weiter zunehmen und ihre Handlungsfähigkeit weiter einschränken.

Was ist zu tun? Die Reform der kommunalen Finanzen sollte Priorität haben. Die letzte Bundesregierung hat sieben Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen zur Verfügung gestellt – und sich dann gewundert, warum diese Gelder kaum abgerufen werden. Viele Kommunen haben aber ihre Kapazitäten, beispielsweise in Bauämtern und in der Planung, in den letzten Jahrzehnten so stark abgebaut, dass ihnen schlichtweg die Fähigkeit fehlt, wichtige Projekte auf den Weg zu bringen.

Bund und Länder sollten über den Ausbau von gemeinsamen Beratungs- und Planungsagenturen nachdenken und die finanziellen Hilfen für die Kommunen aufstocken. Nur so kann der Föderalismus in Deutschland wieder funktionieren und weiterer Schaden abgewendet werden.